

# Aus dem Bundeshaus

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **182 (2016)**

Heft 4

PDF erstellt am: **27.06.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Aus dem Bundeshaus

Berichtet wird über die zwei ersten Wochen der Frühjahrs-session 2016 der Eidgenössischen Räte, vor allem Ständerat (SR), und über Parlamentarische Vorstösse.



Der SR bereinigte die Vorlage «Weiterentwicklung der Armee – Änderung der Rechtsgrundlagen» (14.069). Er schloss sich dem Nationalrat (NR) sowohl beim Entwurf 1 (510.10, Militärgesetz, MG) mit sechs statt fünf Wiederholungskursen als auch beim Entwurf 6 «Bundesbeschluss zum Zahlungsrahmen der Armee 2017–2020» an, wonach 20 Milliarden Franken bewilligt werden, und das VBS «während der Budgetierung Umschichtungen zwischen den eigenen Krediten vornehmen kann» (30:10:3). Der SR genehmigte den «Bundesbeschluss über die zusätzliche Beschaffung von Rüstungsmaterial 2015» von 874 Millionen Franken einschliesslich «Werterhaltung Lastwagen leicht, geländegängig, 4x4, Duro I» (15.017; «Rüstungsprogramm 2015»; 30:9:5). Aus der SiK-SR wurde eine Motion «Drogensuchttests in der Armee» eingereicht, womit der Bundesrat (BR) beauftragt wird, eine diesbezügliche Gesetzesgrundlage auszuarbeiten (16.3053).

Der NR lehnte eine Motion ab, wonach der BR den Rückzug aus «Partnership for Peace» der NATO in die Wege zu leiten hätte (14.3746; 69:111:6). Er nahm entgegen dem ablehnenden BR eine Motion an, womit der BR beauftragt wird, die Ostschweiz angemessen und bedrohungsgerecht bei der Stellenbesetzung beim Grenzwachtkorps zu berücksichtigen (14.3135; 121:63:14). «Gefährdet die gestiegene Anzahl Zivildienstleistender die Umsetzung der Weiterentwicklung der Armee?» Zwischen 2004 und 2015 ist die Anzahl militärdienstpflichtiger Bürger, die Zivildienst leisten wollten, von 1518 auf ungefähr 6000 gestiegen. Dieser explosionsartige Anstieg führe zu einem Manko von mehr als 1500 Angehörigen der Armee (zwei Bataillone!), die zur Weiterentwicklung der Armee nötig wären (Frage; Antwort BR siehe: 16.5022!).

Oberst aD Heinrich L. Wirz  
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist  
3047 Bremgarten BE

nen Misshandlungen von Gefangenen in Afghanistan durch US-Soldaten, sollten für die US-Regierung Grund genug sein, Russland nicht in dieser Form an den Pranger zu stellen. Auch die Tatsache, dass Washington die Augen verschliesst vor den saudischen Bombenangriffen im Jemen, wie schon 2011 vor dem Einmarsch saudischer Truppen nach Bahrain und aktuell vor der Einkesselung ganzer kurdischer Städte durch die türkische Armee ist nicht dazu geeignet, moralische oder ethische Normen aufzustellen.

Krieg ist grausam und sollte deshalb möglichst vermieden werden. Aber wenn man sich dazu entschlossen hat, ist ein Ende mit Schrecken sicherlich einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen. Und dieses Ende scheint durch das russische Engagement jetzt möglich zu werden, auch wenn der IS und die Al-Nusra-Front noch nicht besiegt sind.

Die bewaffnete sogenannte gemässigte Opposition – von der niemand wirklich weiss, wer dazu gehört – ist völlig zersplittert und militärisch weitgehend am Ende. «Unsere ganze Existenz ist nun bedroht, wir verlieren nicht nur Territorium», sagte ein Kommandeur der Rebellengruppe Liwa al-Tauhid, und seine Aussage kann man stellvertretend für alle Gruppierungen nehmen, mit Ausnahme des IS und der Al-Nusra-Front.

Vier Jahre lang hat der Westen die Position vertreten, dass es keine militärische Lösung gibt, aber seit dem Eingreifen der Russen erscheint wenigstens ein militärisches Ergebnis möglich.

Während die Allianz unter Führung der USA in der Vergangenheit nur halbherzig gegen den IS und die Al-Nusra-Front vorgegangen ist, weil man keine eigenen Bodentruppen einsetzen wollte und fremde nicht zur Verfügung standen, hat Russland jetzt Fakten geschaffen.

Das ist nicht im Sinne der USA, weil es nun keine Lösung des Gesamtproblems mehr geben kann ohne eine Beteiligung Russlands.

Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass Europa endlich eine eigenständige Position vertritt und sich nicht länger von Washington gegenüber Russland instrumentalisieren lässt.

Für einen erfolgreichen Kampf gegen den IS und die Al-Nusra-Front, aber auch für den angestrebten Waffenstillstand, ist es erforderlich, dass eng mit Russland kooperiert wird. Dazu gehört der Austausch von Aufklärungsergebnissen ebenso, wie die Entsendung von russischen Offizie-

ren in das Hauptquartier der Allianz in Katar. Die Reaktivierung des NATO-Russland-Rates ist dringend geboten.

Da die westliche Allianz keine eigenen Bodentruppen nach Syrien schicken will, ist sie im Kampf gegen den IS auf die syrischen Streitkräfte und deren Verbündete angewiesen. Dafür und auch für die Umsetzung des Waffenstillstands ist eine Zusammenarbeit mit Assad unvermeidbar.

Die US-Regierung sollte die CIA-Operation «Timber Sycamore» und damit die Zusammenarbeit mit radikalen Oppositionsgruppen umgehend einstellen.

Die sogenannte gemässigte syrische Opposition muss sich entscheiden, ob sie ohne Vorbedingungen an der Erarbeitung einer politischen Lösung teilnehmen oder – mit allen Konsequenzen – aussen vor bleiben will. Es sollte in diesem Zusammenhang geprüft werden, ob ihr Sprecher, Riad Farid Hidschab, der ehemalige Premierminister Syriens unter Assad, wirklich der richtige Mann für diese Aufgabe ist.

Die Türkei ist aufzufordern, ihre Artillerieangriffe gegen die kurdischen Kämpfer im Norden Syriens umgehend einzustellen, um jedes Risiko zu vermeiden, dass die NATO über den Bündnisfall in den Syrien-Krieg hineingezogen wird.

Wir müssen endlich aus dieser «Zwei-Lager-Situation», auf der einen Seite die USA und die von ihr geführte Allianz und auf der anderen Seite Russland und seine Verbündeten, raus.

Zum Ende der Sicherheitskonferenz in München hat ihr Chef, Wolfgang Ischinger, eine Lösungsmöglichkeit aufgezeigt und gesagt: «Möglicherweise braucht man für eine dauerhafte Stabilisierung Friedenstruppen. Und wir werden nur dann Ruhe bekommen, wenn die beteiligten Staaten Rückversicherungen erhalten. Eigentlich brauchen wir eine institutionalisierte regionale Sicherheitsarchitektur, eine Art Nahost-OSZE, mitgetragen von den Vereinigten Staaten, Russland und der EU. Dahin ist es ein langer Weg.»

Ich finde, Europa sollte versuchen, ihn zu gehen, auch wenn er den USA vielleicht nicht gefällt. ■



Oberst i Gst aD  
Jürgen Hübschen  
Beratung für  
Friedenssicherung und  
Sicherheitskonzepte  
D-48268 Greven